



**MEHR  
ERFAHREN**

**ABITUR-TRAINING**

**Geschichte 2**

Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Schwerpunktthemen

**STARK**

# Inhalt

Vorwort

<b>Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg</b> .....	<b>1</b>
<b>1 Kriego- und Friedensziele der Alliierten</b> .....	<b>1</b>
1.1 Atlantik-Charta und Casablanca-Formel .....	1
Die Atlantik-Charta .....	1
Die Konferenz von Casablanca .....	2
1.2 Von Teheran nach Jalta: Die alliierten Kriegskonferenzen .....	3
Die Konferenz von Teheran .....	3
Der Morgenthau-Plan und andere Teilungsprojekte .....	4
Die Aufteilung der Besatzungszonen .....	5
Die Konferenz von Jalta .....	6
<b>2 Die bedingungslose Kapitulation</b> .....	<b>9</b>
<b>3 Deutschland in der „Stunde null“</b> .....	<b>12</b>
3.1 Die Lage der Bevölkerung .....	12
3.2 Flucht und Vertreibung .....	14
3.3 Die Nürnberger Prozesse und die „Entnazifizierung“ .....	17
3.4 Die (Neu-)Gründung von Parteien und erste Wahlen .....	19
Grundsätze .....	19
SPD .....	20
CDU/CSU .....	22
FDP .....	23
KPD .....	23
Zentrum .....	24
Deutsche Partei (DP) .....	25
<b>4 Deutschland unter alliierter Besatzung</b> .....	<b>26</b>
4.1 Die alliierten Deutschlandplanungen .....	26
Die wirtschaftliche Existenz Deutschlands .....	26
Die staatliche Ordnung .....	27
Die politischen Ziele der Besatzung .....	28
4.2 Die alliierten Besatzungsbehörden .....	29
Der Kontrollrat als oberste Regierungsbehörde .....	29
Die Militärregierungen .....	30
4.3 Die Einführung des föderalistischen Systems – Bildung deutscher Länder .....	31
Die Auflösung Preußens .....	31

	Die amerikanische Zone .....	32
	Die britische Zone .....	33
	Die französische Zone .....	34
	Die sowjetische Zone .....	38
4.4	Von der Koalition zur Konfrontation .....	42
	Konflikte .....	42
	Stalin und Churchill .....	42
	Die Konferenz von Potsdam .....	43
	Der Status Deutschlands .....	46
	Neuorientierung der USA .....	47
	Der Marshallplan .....	48
5	<b>Der Weg zur Gründung der beiden deutschen Staaten</b> .....	52
5.1	Das „Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ – die Bizone .....	52
5.2	Von der Bizone zur Trizone .....	54
5.3	„Doppelte Währungsreform“ und Berlin-Blockade .....	56
	Die Währungsreform .....	56
	Die Einführung der Marktwirtschaft .....	60
	Die Berlin-Blockade .....	60
5.4	Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland .....	62
	Die Ministerpräsidentenkonferenzen vom Sommer 1948 .....	62
	Die Arbeit des Parlamentarischen Rates .....	63
5.5	Die Gründung der DDR .....	65
	<b>Die bipolare Welt nach 1945</b> .....	<b>71</b>
1	<b>Von der Allianz gegen Hitler zum Kalten Krieg</b> .....	71
1.1	Von der „unnatürlichen Koalition“ zu den ersten Konflikten .....	71
	Ost-West-Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg .....	71
	Atlantik-Charta und Kriegskonferenzen .....	72
	Wirtschaftliche Konflikte .....	72
	Kampf um Einflussphären .....	73
1.2	Die deutsche Teilung .....	74
	Besatzungspolitik .....	74
1.3	Der Koreakrieg .....	75
2	<b>Der Kalte Krieg</b> .....	77
2.1	Der ideologische Konflikt .....	77
	Containment-Politik und Marshallplan .....	77
	Zwei-Lager-Theorie .....	78
2.2	Theorien über die Entstehung des Kalten Kriegs .....	78
2.3	Strategien im Kalten Krieg – NATO und Warschauer Pakt .....	80
	Die westliche Seite .....	80

	Die östliche Seite .....	84
2.4	Berlin und Kuba – „Kraftproben ohne Sieger“ .....	86
	Berlinkrise .....	86
	Kuba-Krise .....	87
2.5	Das Zeitalter der Entspannungspolitik .....	90
	ABM-Vertrag und SALT-Verhandlungen .....	92
	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa .....	93
2.6	Die Rückkehr zur Konfrontation .....	95
2.7	Die Vereinten Nationen in der bipolaren Welt .....	97
	Vorgeschichte: Der Völkerbund .....	97
	Gründung der Vereinten Nationen .....	98
	Die Entwicklungsländer und die UNO .....	101
	Eine „Neue Weltordnung“? .....	102
3	Das Ende des Kalten Kriegs .....	105
<b>Die Bundesrepublik Deutschland .....</b>		<b>109</b>
1	Die Bundesrepublik Deutschland – ein „gewolltes Provisorium“ .....	109
1.1	Das Grundgesetz .....	109
1.2	Der Staat als Provisorium .....	111
	Grundsätze der Politik .....	111
	Selbstverständnis des Staates .....	112
	Deutschland „in den Grenzen von 1937“? .....	113
2	Die Ära Adenauer (1949–1963) .....	115
2.1	Die Westintegration .....	116
	Alternativen in der Auslands- und Deutschlandpolitik .....	116
	Die Westeuropa-Konzeption Adenauers .....	116
	Das Petersberger Abkommen .....	117
	Montanunion und EWG .....	119
	Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) .....	119
	Die Stalin-Note 1952 .....	119
	Der 17. Juni 1953 .....	121
2.2	Die Rückgewinnung der Souveränität .....	121
	Der Deutschland-Vertrag 1952/54 .....	121
	Die Pariser Verträge .....	122
	Die Weltpolitik im Zeichen der deutschen Frage .....	124
	Die Saar-Frage .....	125
	Der Status Berlins und die zweite Berlinkrise 1958 .....	126
2.3	Die innere Entwicklung .....	128
	Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Alliierten .....	128
	Die Vorstellungen der Parteien .....	129

	Das „Wirtschaftswunder“ .....	129
	Wirtschaftspolitische Entscheidungen .....	131
	Vertriebene und Lastenausgleich .....	132
	Aufbau der Bundeswehr .....	133
	Restaurative Tendenzen .....	133
	Das Ende der Ära Adenauer .....	134
<b>3</b>	<b>Von der Regierung Erhard zur sozialliberalen</b>	
	<b>Koalition (1963–1982) .....</b>	<b>135</b>
3.1	Kanzlerschaft Ludwig Erhards .....	135
	Wirtschaftliche Entwicklung .....	136
	Gesellschaftliche Tendenzen .....	136
3.2	Die Große Koalition (1966–1969) .....	137
	Das wirtschaftspolitische Programm .....	138
	Notstandsgesetze .....	139
	Studentenproteste und Außerparlamentarische Opposition .....	139
	Wandel in der Ostpolitik .....	141
3.3	Die sozialliberale Koalition (1969–1982) .....	142
	Neue Ostpolitik und Abschluss der Ostverträge .....	142
	Der Regierungswechsel Brandt – Schmidt .....	146
	Ostpolitik als „Politik der kleinen Schritte“ .....	146
	Die Rote-Armee-Fraktion .....	147
	Gesellschaftliche Entwicklungen .....	148
	NATO-Doppelbeschluss und Stationierungsdebatte .....	149
	Die wirtschaftliche Entwicklung .....	150
<b>4</b>	<b>Die christlich-liberale Koalition (1982–1989) .....</b>	<b>151</b>
4.1	Innenpolitische Entwicklung .....	151
	Die Grünen .....	151
	Krise der Parteien .....	152
	Terrorismus .....	152
	Zuwanderung und demografischer Wandel .....	153
4.2	Wirtschaftliche Entwicklung .....	153
4.3	Ostpolitik im Zeichen dauerhafter Koexistenz .....	154
	<b>Die Deutsche Demokratische Republik .....</b>	<b>159</b>
<b>1</b>	<b>Der zweite deutsche Staat – die DDR .....</b>	<b>159</b>
1.1	Die erste Verfassung der DDR .....	159
1.2	Erste Wahlen zur Volkskammer .....	160
<b>2</b>	<b>Die Ära Ulbricht .....</b>	<b>162</b>
2.1	Die Bildung des „Ministeriums für Staatssicherheit“ .....	162
2.2	Die SED wird Staatspartei .....	162

2.3	Aufbau des Sozialismus .....	164
2.4	Der 17. Juni 1953 .....	166
2.5	Die Kollektivierung der Landwirtschaft .....	167
2.6	Aufstieg der DDR zum zweitstärksten Industriestaat des Ostblocks und Folgen .....	168
2.7	Der Bau der Berliner Mauer .....	170
2.8	Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht .....	173
2.9	Gesellschaftliche Entwicklung .....	173
3	<b>Die Ära Honecker</b> .....	175
3.1	Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihre Folgen .....	175
3.2	Souveränität der DDR und Ostintegration .....	176
3.3	Systemkrise, Dissidenten, Opposition .....	177
	<b>Der Umbruch in der DDR und die Wiedervereinigung</b> .....	<b>185</b>
1	Der Umbruch in der DDR 1989/90 .....	185
1.1	Auswirkungen des sowjetischen Reformkurses .....	185
1.2	Friedliche Revolution und Fall der Mauer .....	186
2	Der Weg zur Wiedervereinigung .....	189
	<b>Der Europa-Gedanke und die europäische Einigung</b> .....	<b>199</b>
1	Etappen der europäischen Einigung bis 1989 .....	199
1.1	Die europäische Idee in der Nachkriegszeit .....	199
	Die USA als Förderer Europas .....	200
	Der Europarat .....	201
	Die Montanunion .....	202
	Die deutsch-französische Verständigung .....	202
1.2	EWG und EURATOM .....	203
1.3	Die EG – attraktiv und ungeliebt .....	205
1.4	Die Entwicklung der Institutionen .....	207
2	<b>Die Entwicklung seit 1990</b> .....	209
2.1	Die EU – das „gemeinsame europäische Haus“? .....	209
	Alternative Europavisionen .....	209
2.2	Der Integrationsprozess seit Maastricht .....	211
	Vertrag von Maastricht .....	211
	Vertrag von Amsterdam .....	213
2.3	Die Osterweiterung .....	214
2.4	Bilanz .....	217
	Europäisches Bewusstsein und EU-Recht .....	217
	Außenpolitische Schwäche der EU .....	217
	Die „Flüchtlingskrise“ 2015 .....	218

<b>Kriege und Friedensschlüsse vom 17. bis zum 20. Jahrhundert</b> .....	<b>227</b>
1 Der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Frieden .....	228
1.1 Vorgeschichte .....	229
1.2 Vom Regionalkonflikt zum europäischen Krieg .....	232
Der Böhmisches-Pfälzische Krieg (1618–1623) .....	232
Der Niedersächsisch-Dänische Krieg (1625–1629) .....	234
Der Schwedische Krieg (1630–1635) .....	234
Der Schwedisch-Französische Krieg (1635–1648) .....	236
1.3 Kriegführung .....	237
1.4 Der Weg zum Frieden .....	240
1.5 Verhandlungen .....	241
1.6 Ergebnisse des Westfälischen Friedens .....	243
1.7 Deutung und Bedeutung .....	245
2 <b>Bilanz: Kriege und Friedensschlüsse im Vergleich</b> .....	249
2.1 Tabellarische Übersichten .....	249
2.2 Militärische Gewalt: Rechtfertigungen, Ziele, Charakter .....	258
2.3 Das Zustandekommen von Frieden .....	260
2.4 Friedensordnungen im Vergleich .....	263
<b>Lösungen</b> .....	<b>267</b>
Bildnachweis .....	293
<b>Autoren:</b> Henning Aubel, Dr. Hans-Karl Biedert, Wolf-Rüdiger Größl, Harald Müller	

# Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

der vorliegende Band Geschichte 2 soll Ihnen eine gezielte und effektive **Vorbereitung auf Klausuren** und alle **Prüfungen des Zentralabiturs** im Fach Geschichte ermöglichen. Hierzu werden die wichtigen prüfungsrelevanten Themen „Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg“, „Der Kalte Krieg“, „Die deutsche Zweistaatlichkeit“, „Der Umbruch in der DDR und die Wiedervereinigung“ sowie „Die europäische Einigung“ und „Kriege und Friedensschlüsse im Vergleich“ übersichtlich und prägnant dargestellt.

- Die Kapitel enthalten das in der Abiturprüfung vorausgesetzte **Basiswissen an Fakten** in zusammenhängender und strukturierter Form. Historische **Abbildungen** veranschaulichen die Inhalte und dienen als Merkhilfe.
- Die darstellenden Textpassagen sind klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Zusammenfassende Bewertungen auf dem neuesten Stand der fachwissenschaftlichen Forschung leiten das jeweilige Thema und sollen dem Bearbeiter eine grundlegende Orientierung ermöglichen.
- Zusammenfassende **Schaubilder** und **Infokästen** erleichtern das Lernen und bieten Ansätze für eigene **Präsentationen** von geschichtlichen Zusammenhängen.
- Mit den vielfältigen **Übungsaufgaben** am Ende jedes Kapitels und **materialgestützten Aufgaben im Stil des Abiturs** können Sie das Gelernte selbstständig anwenden.
- Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes gibt Ihnen schließlich die Möglichkeit, Ihren Wissensstand schnell und einfach zu überprüfen. Die wichtigsten Bewertungen, Zusammenhänge und Fakten werden dort noch einmal zusammenfassend aufbereitet.

Verfasser und Verlag wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!





### 3.3 Die sozialliberale Koalition (1969–1982)

Die Bildung der sozialliberalen Koalition wurde vorbereitet durch die in der FDP umstrittene Zustimmung zur Wahl des SPD-Kandidaten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten (5. März 1969). Programmatisch hatten sich die beiden Parteien seit Mitte der 60er-Jahre mit dem Bekenntnis zu politischen und gesellschaftlichen Reformen angenähert sowie den Bundestagswahlkampf mit dem Motto „**Mehr Demokratie wagen!**“ bestritten. Darüber hinaus war klar, dass SPD und FDP nach Möglichkeiten suchten, die Regierungsverantwortung gemeinsam zu übernehmen, da nach den Prinzipien eines echten Parlamentarismus eine Große Koalition nur einen Notbehelf darstellen kann. Mit der Wahl **Willy Brandts** zum Bundeskanzler am



Willy Brandt, 1978

21. 10. 1969 – der FDP-Vorsitzende Walter Scheel wurde Außenminister – endete die 20-jährige Regierungsbeteiligung der CDU/CSU und es begann der Aufbruch zu längst fälligen Reformen in der Deutschland- und Gesellschaftspolitik. Diese Neuorientierung wurde innerhalb der SPD durch den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt, den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner und den Verteidigungsminister Helmut Schmidt verkörpert, in der FDP durch Außenminister Scheel und Innenminister Genscher.

#### Neue Ostpolitik und Abschluss der Ostverträge

Willy Brandt sprach in seiner Regierungserklärung als Bundeskanzler der neuen sozialliberalen Koalition zum ersten Mal von „**zwei Staaten in Deutschland**“ und brach damit offiziell mit der Doktrin von der Nicht-Existenz der DDR. Für Verhandlungen zur Besserung der Lage hatte die Regierung aber keinen großen Spielraum, denn die Hallstein-Doktrin war längst kein Druckmittel mehr.

Bei den Verhandlungen musste die Bundesregierung den Verdacht vermeiden, sie wolle die Ostblock-Staaten gegen die UdSSR und gegeneinander ausspielen. Zunächst musste daher ein **Abkommen mit der sowjetischen Regierung** getroffen werden. Es war Voraussetzung für die weiteren Verträge mit Polen, der Tschechoslowakei und der DDR.

Schon zwei Monate nach Bildung der Regierung Brandt-Scheel wurden Gespräche zwischen dem sowjetischen Außenminister Gromyko und dem deutschen Botschafter in Moskau aufgenommen. **Egon Bahr**, damals Staatssekretär

im Bundeskanzleramt, führte ab Januar 1970 die Verhandlungen, die im Mai mit einem Vertragsentwurf abgeschlossen wurden. In dem am 12. August 1970 unterzeichneten Dokument (**Moskauer Vertrag**) verpflichteten sich beide Vertragspartner, „ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln (zu) lösen“, weder mit Gewalt zu drohen noch sie anzuwenden. Sie erklärten, „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“, „keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand (zu) haben“, und dass sie „heute und künftig die Grenzen in Europa als unverletzlich“ betrachteten. Ausdrücklich genannt waren dabei die Oder-Neiße-Grenze und die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Die sowjetische Erklärung über den **Gewaltverzicht** bedeutete dabei einen Verzicht auf das Interventionsrecht gegenüber (ehemaligen) Feindstaaten gemäß der UNO-Satzung.

In einem **„Brief zur deutschen Einheit“** erklärte die Bundesregierung, „dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Die sowjetische Regierung nahm diese Stellungnahme offiziell zur Kenntnis, Rechtsgültigkeit im Sinne des Völkerrechts besaß sie allerdings nicht.



Die „Architekten“ der Neuen Ostpolitik 1970 in Moskau: Egon Bahr (SPD), Willy Brandt (SPD), Walter Scheel (FDP) und zwei deutsche Diplomaten

### Die Ostverträge

Die Ostverträge	Partner	Inhalte	Probleme
Moskauer Vertrag 12. 8. 1970	Bundesrepublik-UdSSR	<ul style="list-style-type: none"> <li>• territoriale Integrität aller europäischen Staaten</li> <li>• Unverletzlichkeit der Grenzen, inkl. der Oder-Neiße-Linie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• politisch ideologischer Gegensatz dauert an</li> <li>• Rüstungswettlauf nicht gestoppt</li> </ul>
Warschauer Vertrag 7. 12. 1970	Bundesrepublik-Polen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• territoriale Integrität</li> <li>• Achtung der gegenwärtigen Grenzen (endgültige Regelung der Oder-Neiße-Linie einem Friedensvertrag vorbehalten)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• humanitäre Probleme</li> <li>• andauernder Streit über Schulbuchvereinbarungen, Landkarten etc.</li> </ul>
Viermächte-Abkommen über Berlin 3. 9. 1971	USA, GB, F, UdSSR	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewaltverzicht</li> <li>• freier Transitverkehr nach Berlin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Status der Berliner Westsektoren wird nicht eindeutig geklärt</li> </ul>
Transitabkommen 17./20. 12. 1971	Bundesrepublik-DDR	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelungen des Personen- und Güterreiseverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Westberlin sowie den Nachbarstaaten</li> <li>• Reiseerleichterungen</li> <li>• Besuchsmöglichkeiten von West nach Ost</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• keine Besuche von Ost nach West</li> </ul>
Verkehrsvertrag 26. 5. 1972			
Grundlagenvertrag 21. 12. 1972	Bundesrepublik-DDR	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anerkennung der Hoheitsgebiete</li> <li>• Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs</li> <li>• Austausch ständiger Vertreter</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Berliner Mauer, Schießbefehl</li> <li>• Wiedervereinigung</li> <li>• fehlende Respektierung der Menschenrechte in der DDR</li> </ul>
Prager Vertrag 11. 12. 1973	Bundesrepublik- ČSSR	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verzicht auf Gebietsansprüche</li> <li>• Vereinbarung zukünftiger Zusammenarbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enttäuschung bei Sudentendeutschen wegen Verzicht auf Sudetenland</li> </ul>
Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anerkennung der bestehenden Grenzen und der DDR</li> <li>• Reiseerleichterungen, grenznaher Verkehr</li> </ul>		
Kritik in der BRD	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ost-West-Gegensatz bleibt erhalten</li> <li>• Aufgabe wesentlicher Rechtspositionen (Oder-Neiße-Linie)</li> </ul>		

Parallel zu den Verhandlungen mit Moskau wurden in Warschau Gespräche über einen **Vertrag mit Polen** geführt. Am 7. Dezember 1970 unterzeichneten Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel in Warschau den Vertrag „über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“. Beide Vertragspartner bestätigten darin, dass die **Oder-Neiße-Linie** „die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet“ und erklärten, „dass sie gegeneinander **keinerlei Gebietsansprüche** haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“. Die Bundesregierung behielt sich allerdings vor, dass eine völkerrechtlich definitive Festsetzung dieser Grenze erst durch einen gesamtdeutschen Souverän und einen Friedensvertrag erfolgen könne. Bei seinem Besuch in Warschau anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags kniete Bundeskanzler Brandt am Getto-Denkmal in Warschau nieder, um den Opfern des Kriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf diese Weise die Reverenz des deutschen Volkes zu erweisen.

Im September 1971 schlossen die **vier Siegermächte** des Zweiten Weltkriegs ein **Abkommen**, das den **Status Berlins** sicherte. Die Sowjetunion garantierte den freien Zugang und die westliche Militärpräsenz und gestand zu, „dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“. Die Westmächte erklärten im Gegenzug, „dass diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.

Auf dieser Basis vereinbarten die Bundesregierung und die Regierung der DDR am 17. Dezember 1971 im Auftrag der Vier Mächte das **Transitabkommen** für den Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin, sowie am 26. Mai 1972 den **Verkehrsvertrag** zwischen der BRD und der DDR.

Am 21. Dezember 1972 schließlich wurde in Ostberlin der **Grundlagenvertrag** zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen. Die Vertragspartner vereinbarten darin „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ und wollten sich von den Prinzipien der „souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte“ leiten lassen. Dies kann jedoch **nicht als völkerrechtliche Anerkennung der DDR** gewertet werden (s. S. 176 f.). Deshalb vereinbarten beide Seiten auch nur die Einrichtung von „**Ständigen Vertretungen**“ anstelle von Botschaften. Aus Sicht der Bundesrepublik konnte es somit auch nach wie vor keine eigene DDR-Staatsbürgerschaft geben.

Bayern legte in der Folge beim Bundesverfassungsgericht eine erfolglose Klage gegen den Grundlagenvertrag ein, den es als unvereinbar mit dem Grundgesetz

ansah. Das BVG verpflichtete die Politik aber erneut darauf, am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes festzuhalten.

### Der Regierungswechsel Brandt – Schmidt

Als Bundeskanzler Brandt im Mai 1974 seinen Rücktritt erklärte, erfuhr die Öffentlichkeit erst im Nachhinein, dass einer seiner engsten Mitarbeiter, Günter Guillaume, für den ostdeutschen Staatssicherheitsdienst als Spion tätig gewesen war. Mit einer raschen Regierungsneubildung wurde eine größere Krise vermieden. Nach Helmut Schmidts Wahl zum neuen Kanzler, 16. Mai 1974, setzte dieser die Politik seines Vorgängers fort. Allerdings hatte sich das Bedingungsgeflecht politischen Handelns gewandelt. Von der Parole „Mehr Demokratie wagen“ und dem damit verbundenen Aufbruch zu Reformen konnte keine Rede mehr sein. Das Stimmungshoch war abgelöst durch eine **pessimistische Grundhaltung**, genährt aus der ersten **Ölkrise**, der Brutalität **terroristischer Anschläge**, der Unwägbarkeit künftiger Entwicklung. Schmidt verstand sich als „erster Angestellter des Staates“ und „Krisenmanager“.

### Ostpolitik als „Politik der kleinen Schritte“

In der deutschen Frage führte die Regierung Schmidt Brandts Politik fort. Diese Kontinuität bewies nach der Debatte um die Ostverträge, dass das gewandelte Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten von allen Parteien weitgehend akzeptiert wurde und es keine realistische Alternative zu dem Versuch gab, die staatliche Teilung durch ihre zeitweilige Anerkennung zu überwinden.

Um den Preis der Stabilisierung sollten die Folgen der Teilung abgemildert werden und durch verbesserte, **„gutnachbarliche Beziehungen“** die inneren Widersprüche des sozialistischen Systems aufgezeigt und damit letztlich die Destabilisierung der DDR erreicht werden. Der darin begründete Zwang zum **pragmatischen Handeln** bewog Schmidt zur „Politik der kleinen Schritte“. Bis 1980 wurden über ein Dutzend Abkommen und Protokolle mit der DDR unterzeichnet. Von Anfang an wurde dabei der innerdeutsche Handel, der sich zwischen 1974 und 1982 fast verdoppelte, als Hebel für Verbesserungen der innerdeutschen Beziehungen und zugleich zur Festigung der westdeutschen Vorzugsstellung im Handel eingesetzt.

Zu einem ersten offiziellen Zusammentreffen Schmidts mit Staats- und Parteichef Honecker kam es bei der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki (1. August 1975). Daraus ergab sich ein kontinuierlicher Meinungsaustausch, der von einem zunehmend entkrampften und weniger distanzierten Verhältnis geprägt war.



→ *Bedeutung:*

- Ersatz für Friedensvertrag; offizielles Ende des Zweiten Weltkriegs (völkerrechtlich)
- Ende der Teilung Deutschlands
- weitere Entspannung zwischen Ost und West
- Vertiefung der europäischen Einigung
- eines der wichtigsten Dokumente der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte

## Aufgaben

- 34** Bestimmen und erläutern Sie die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründe für den Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989.
- 35** Skizzieren Sie die wichtigsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands in den Jahren 1989/1990.
- 36** Erläutern Sie die vertraglichen Regelungen und Bestimmungen zur Gestaltung der Vereinigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR.
- 37** (materialgestützt)
- a) Skizzieren Sie die wesentlichen Forderungen und das Selbstverständnis des Neuen Forum.
  - b) Erläutern Sie die Rahmenbedingungen des Jahres 1989, die für die Gründung des Neuen Forum von Bedeutung waren.

### **M 1:** Aufruf der Initiative NEUES FORUM 9. 9. 1989

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weit verbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein. [...]

Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen



vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln  
 15 ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten  
 vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache  
 und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber  
 niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welt-  
 handel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Indus-  
 20 triestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen  
 Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu  
 anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterschei-  
 den, bedarf es eines Demokratischen Dialogs über die Aufgabe des Rechts-  
 25 staates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller  
 Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land nachdenken und miteinander  
 sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir  
 in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden.  
 Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, dass eine  
 30 größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt,  
 dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln  
 finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine Politische Plattform für die ganze DDR,  
 die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen mög-  
 35 lich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesell-  
 schaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende  
 Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM.

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen  
 stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR  
 40 geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser  
 politisches Interesse zu verwirklichen. [...]

*Aus: Gransow u. a.: Die deutsche Vereinigung. Dokumente zur Bürgerbewegung, Köln 1991, S. 60 f.*

- c) Arbeiten Sie anhand der Quelle heraus, wie Schäuble das Vorgehen der Re-  
 gierung Kohl im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung begründet.

## **M 2:** Wolfgang Schäuble zur staatlichen Einheit

*Wolfgang Schäuble handelte als Beauftragter der Bundesregierung den Einigungs-  
 vertrag mit der DDR aus.*

Fünf Jahre danach ist man immer schlauer. Diese und jene Weiche, so ist oft zu  
 hören, hätte man vielleicht damals bei der Organisation der deutschen Wieder-  
 vereinigung anders stellen sollen.

Zwei Probleme standen seit dem Herbst 1989 für uns im Vordergrund. Zum  
 5 einen: Wie konnte sichergestellt werden, dass die sich beschleunigenden  
 Ereignisse in der damaligen DDR nicht eine blutige Zuspitzung erfuhren und  
 einen Rückschlag wie schon 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Ungarn oder 1968 in  
 Prag nach sich zogen? Zum anderen drängte die Frage, wie überhaupt die un-  
 verhoffte und möglicherweise sehr kurze Chance zur Wiedervereinigung ge-  
 10 nutzt werden könnte.

Denn ob uns die Herstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Frei-  
 heit ohne Blutvergießen und Chaos und in Übereinstimmung mit unseren  
 Nachbarn überhaupt gelingen würde, war Anfang 1990 noch keineswegs aus-  
 gemacht. [...]

15 Der Zeit- und Problemdruck, unter den sich alle Beteiligten durch die  
 Demonstrationen und die Übersiedlerwelle in immer stärkerem Maße gesetzt  
 sahen, wurde zugleich zu einem Element der Lösung des Problems, die Einheit  
 Deutschlands damals zu schaffen und die Chance nicht zu verpassen. Bei einem  
 Besuch des Kanzlers in Dresden am 19./20. 12. 1989 wurde deutlich: Zehntau-  
 20 sende Menschen verlangten nach der Einheit. [...]

Die schnelle Währungsunion war unsere Antwort auf den Übersiedlerstrom,  
 der beide deutsche Staaten im Frühjahr 1990 vor große Probleme stellte. [...] In  
 der Logik der Währungsunion lag der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. [...] Wir  
 standen vor einem handfesten materiellen Problem: Wie konnten die  
 25 Menschen in der DDR möglichst schnell an das im Westen erreichte Niveau von  
 Wohlstand und sozialer Sicherheit herangeführt werden, ohne dass dabei die  
 Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der sozialen Sicherungssysteme im  
 Westen überfordert und destabilisiert würden?

Heute können wir sagen, dass uns das weitestgehend gelungen ist. Die Wäh-  
 30 rungsunion ist von Anfang an mit einer Sozialunion gekoppelt worden. [...] Mit  
 der Währungsumstellung 1:1 und der Transferzahlung von 150 Milliarden  
 Mark pro Jahr in den letzten Jahren, was pro Kopf der Bevölkerung im Osten  
 ungefähr 10 000 Mark entspricht, sind wir bis an den Rand des ökonomisch  
 und politisch Leistbaren gegangen. Und wir werden diesen Kraftakt auch noch  
 35 eine Zeit lang durchhalten müssen.

*Wolfgang Schäuble: Danach ist man immer schlauer. In: Die Zeit 37/1995, 8. 9. 1995.*



Destabilisierung der DDR begünstigte, um langfristig eine Wiedervereinigung zu ermöglichen.

- Destabilisierung verursachte prinzipiell auch eine Verunsicherung der politischen Lage in Mitteleuropa. Eine Krise der DDR hätte die Sowjetunion möglicherweise doch zu politischen Konsequenzen oder militärischem Einschreiten genötigt.
- friedenserhaltende Funktion der Mauer (Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung)
  - Mauer nicht zur Abwehr eines faschistischen Angriffs auf die DDR, vielmehr zur Verhinderung der Destabilisierung der DDR (Eindämmung der Fluchtbewegung);
  - Grundlage der Fluchtbewegung war jedoch das diktatorische und unfreie System in der DDR; DDR-Führung verschaffte sich somit eine Beruhigung der innenpolitischen Situation;
  - Verzicht der USA auf militärischen Eingriff, da keine unmittelbare Gefährdung ihrer eigenen Interessen; Anerkennung sowohl der Einflusszone der Sowjetunion als auch des Interesses der DDR an innerer Stabilität;
  - Teilung Deutschlands schien als Ausdruck des Kalten Krieges auf lange Zeit unveränderbar festzustehen und der Status quo wurde weitgehend akzeptiert.

## Der Umbruch in der DDR und die Wiedervereinigung

- 34** Zu den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen für den Zusammenbruch der DDR s. S. 185–188, besonders die Übersicht auf S. 188.
- 35** Zu den wesentlichen Ereignissen der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 siehe S. 189–195.
- 36** Verträge zur inneren Gestaltung der Einheit zwischen der BRD und der DDR: Staatsvertrag (18. 5. 1990) mit Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie Einigungsvertrag (31. 8. 1990); „Zwei-plus-Vier“-Vertrag zwischen Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA sowie der BRD und der DDR zur außenpolitischen Absicherung der Einheit; zu den inhaltlichen Bestimmungen der Verträge: siehe S. 191–195, insbesondere Übersicht S. 194 f.

**37a** Wesentliche Forderungen und Selbstverständnis des Neuen Forums:

- Feststellen einer gestörten „Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft“ (Z. 1);
- Auflistung von Wünschen und Forderungen, die auf ein Sowohl-Als-Auch hinauslaufen (bessere Versorgung der Bevölkerung und Abkehr von unbegrenztem Wachstum; mehr Spielraum für wirtschaftliche Initiativen, aber keine Ellenbogengesellschaft; Erhalten des Bewährten und Platz für Erneuerung; geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung etc.);
- Forderung nach einem demokratischen Dialog „über die Aufgabe des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur“ (Z. 24 f.);
- Selbstverständnis des Neuen Forum als politische Vereinigung, „die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen“ (Z. 34–36).

**37b** Rahmenbedingungen der DDR im Jahr 1989:

- Hoffnungen auf Verbesserung der eigenen Lage durch die Umgestaltung in der Sowjetunion und die internationalen Abrüstungserfolge;
- Leugnen jeglichen Reformbedarfs durch die Regierung; vielmehr Schaukelpolitik zwischen verschärfter Repression durch die Stasi und erhöhten Ausreisequoten;
- Organisation Oppositioneller in Friedens- und Umweltgruppen, zum Teil mit Kontakten zu entsprechenden Bewegungen im Westen;
- abnehmende Akzeptanz des durch den Rüstungswettlauf verschärften chronischen Mangels an Konsumgütern;
- Einspruch der Bürger und Oppositionsgruppen gegen die hohe Zustimmung von 95,98 % für die Kandidaten der Nationalen Front bei den Kommunalwahlen vom Mai 1989; Regierung wurde der Wahlfälschung bezichtigt
- weitere Entfremdung der Regierung von ihrer eigenen Bevölkerung durch die zustimmende Reaktion auf die brutale Niederschlagung der Studentenproteste in Peking; Zunahme der Zahl der Ausreiseanträge und der Fluchtbewegung (zunächst über die Botschaften in Prag, Budapest und Warschau)
- Zugeständnis der ungarischen Regierung an die DDR-Bürger, das Land legal in Richtung Österreich zu verlassen (11. September);
- parallel zur massenhaften Ausreise liefen die Vorbereitungen zum 40. Jahrestags der DDR am 6. Oktober.

**37c** Thematisierung der äußeren Vereinigung (Ende der deutschen Zweistaatlichkeit 1990) und inneren Vereinigung (Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland:

- Rechtfertigung für die Eile der Wiedervereinigung
- Zurückweisen von Kritik an der gewählten Art der Wiedervereinigung (über Art. 23 GG durch Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik)

Zur Frage der äußeren Wiedervereinigung:

- Vermeidung einer „blutige[n] Zuspitzung“ (Z. 6) in der DDR (Verweis auf historische Beispiele: 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag);
- Möglichkeit einer Veränderung der politischen Großwetterlage in Europa verlangte rasches Handeln: unsichere Stellung des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow zur Zeit der Wende in der DDR;
- Erhaltung der Zustimmung zur Wiedervereinigung durch die sowjetische Regierung mithilfe großzügiger Kreditzusagen;
- Druck der DDR-Bevölkerung, spürbar beim Besuch Kohls in Dresden im Dezember 1989, nicht nur Teil des Problems, sondern vor allem „Element der Lösung des Problems“ (Z. 17);
- Erhöhung des Drucks durch Übersiedlerwelle;
- Lösung durch die Währungsunion, bei der die DDR-Bürger ihre Ostmark in DM zum 1:1-Kurs tauschen konnten.

Zur Frage der inneren Wiedervereinigung:

- Erreichung von Wohlstand und sozialer Sicherheit für die ehemaligen DDR-Bürger durch Koppelung der Währungsunion mit einer „Sozialunion“ (Z. 23 f., 27); keine Überforderung der Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik
- durch die „Sozialunion“ wurden in der ehemaligen DDR soziale Einrichtungen entsprechend den in der Bundesrepublik existierenden geschaffen (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung, Sozialhilfe)
- Einführung von Tarifautonomie, Koalitionsfreiheit, Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Kündigungsschutz nach bundesdeutschem Vorbild
- im Gegenzug Abschaffung des sozialistischen Systems und Freigabe der Märkte und des Privateigentums; d. h. Anpassung der DDR an die BRD.



© **STARK Verlag**

[www.stark-verlag.de](http://www.stark-verlag.de)  
[info@stark-verlag.de](mailto:info@stark-verlag.de)

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

**STARK**